

Arbeitskreis soll Fakten sammeln

Die Stadt Lampertheim lässt den Biomüll 38 Mal im Jahr abholen – unabhängig von der Notwendigkeit.

Von Oliver Lohmann

MÜLLENTSORGUNG Grüne kritisieren einseitiges Info-Faltblatt / CDU will Bürgerversammlung

LAMPERTHEIM - Ein bei Bürgern wie Kommunalpolitikern derzeit intensiv diskutiertes Thema ist die Zukunft der Abfallentsorgung in Lampertheim. Die meisten Bürger dürften mit dem bisherigen System zufrieden sein, weil es häufige Tonnenleerungen beinhaltet. Wer allerdings wenig Müll hat, könnte mit dem System des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) günstiger fahren. Die Verwaltung hat der Kommunalpolitik jetzt nochmals einige Zahlen und Fakten vorgelegt – der Haupt- und Finanzausschuss diskutierte am Mittwochabend das Thema kontrovers und sprach sich für einen Arbeitskreis aus.

Der Grüne Gregor Simon ließ kein gutes Haar an einem Faltblatt zur Abfallentsorgung, das die Stadtverwaltung ausgearbeitet hatte und an alle Haushalte verteilen ließ. Darin werde nicht erklärt, warum sich das bisherige System ändern muss. Stattdessen werde dieses schlecht geredet, und man frage sich als Bürger, warum es nicht schon längst geändert wurde. „Diese Seite des Flyers ist ein Tritt ans eigene Schienbein. Das ist keine Bürgerinformation, sondern ein Werbeflyer für das ZAKB-System“, urteilte Simon. Es fehle auch eine Information über die von den Stadtverordneten ins Spiel gebrachte Möglichkeit eines „erweiterten Dienstleistungsvertrags“ mit dem ZAKB. „Ich habe die Befürchtung, dass in Lampertheim die politische Sprungwerbung der Stadtverwaltung als Bürgerbeteiligung verkauft wird, um Druck auf die Politik auszuüben“, sagte der Grüne. Von „Sprungwerbung“ spreche man in der Fachsprache, wenn man sich direkt an den „Endverbraucher“ wendet. Bürgerinformationen sollten alle sinnvolle Alternativen aufzeigen und diese mit Vor- und Nachteilen vorstellen. Gleiches wünschte sich Simon auch von den Verwaltungsvorlagen, die Politiker vorgelegt bekommen.

Bürgermeister Gottfried Störmer nahm die Kritik ernst. „Wir wollten viele Informationen auf einem begrenzten Platz bieten, aber keine Werbung für den ZAKB machen. Doch wir sind eben keine Werbeagentur.“ Für künftige Infos an Bürger werde man sich professioneller Hilfe bedienen, was zwar Geld koste, aber vielleicht zur Zufriedenheit führe. „Wir sind lernfähig“, versicherte Störmer.

Mit der im Ausschuss verteilten Mitteilungsvorlage waren die Politiker offenbar zufriedener als mit dem Bürgerinformationsblatt. Es werden Kosten aufgelistet, die auf die Stadt zukämen, wenn sie die Abfallentsorgung in Eigenregie fortführte: insgesamt fast 300 000 Euro, darunter 107 000 Euro für die Ausrüstung von 30 000 Mülltonnen mit Transpondern und Barcodes, 75 000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit bei der Systemumstellung, zusätzliche Personalkosten von rund 50 000 Euro und 39 000 Euro für neue Abfallgefäße. Bei einem erweiterten Dienstleistungsvertrag mit dem ZAKB lägen die Kosten für die Stadt bei 132 000 Euro für die Systemumstellung und jährliche Kosten von 117 000 Euro, von denen wiederum 50 000 Euro an Personalkosten gespart werden. „Im ersten Jahr belasten den Gebührenzahler zusätzliche Kosten in Höhe von 199 000 Euro. Bei einem Beitritt übernimmt diese der ZAKB“, heißt es in der Vorlage. Sprich, der Beitritt zum Zweckverband sei die günstigste Variante der Müllentsorgung.

Warum Änderungen notwendig sind, machte die Verwaltung nochmals klar: Eine Weiterführung des jetzigen Systems sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Die entstehenden Kosten müssten auf die Gebühren umgelegt werden. Was auf den Gebührenzahler zukäme, sei schwer zu kalkulieren. Erster Stadtrat schlug vor, einen Arbeitskreis zu bilden, der Vorgaben zum weiteren Vorgehen machen könne. Dem Arbeitskreis müsse aber eine zeitliche Grenze gesetzt werden.

Christdemokrat Franz Korb bat die Stadtverordnetenvorsteherin Brigitte Stass, eine Bürgerversammlung zu diesem Thema einzuberufen. SPD-Fraktionsvorsitzender Hans Hahn lehnte das ab: „Wenn wir die Möglichkeiten nicht vergleichen können, dann können die Bürger das auch nicht.“ Stass meinte, bei diesem Thema sei sie nicht bereit, eine Bürgerversammlung zu veranstalten: „Was ist, wenn die Bürger Nein zu einem ZAKB-Beitritt sagen? Die Versammlung könnte in einem Eklat enden. Wir sollten den Bürger nicht damit belasten, wenn wir uns nicht einig sind.“ Störmer befand, dass ein Arbeitskreis als nächster Schritt am sinnvollsten sei. Dieser solle sich weitere Infos beschaffen, die dann den Bürgern vorgestellt werden könnten. Auf jeden Fall müsse der Bürger bei diesem Thema mitgenommen werden, wenngleich die Entscheidung vom Stadtparlament getroffen werde.